

Die Stiftung für liberale Politik

LIBERALES INSTITUT

JEDER MENSCH BRAUCHT
FREIHEIT, UM SEINE
ANLAGEN UND FÄHIGKEITEN
ENTFALTEN UND
VERWIRKLICHEN ZU KÖNNEN.
WER SICH
DIESEM ZIEL VERWEIGERT,
VERFÄHRT SICH SELBST UND
WISSENSCHAFTEN, STAGNIERT
DIE WIRTSCHAFT.
GEISTIGES LEBEN BRAUCHT
FREIHEIT GENAUSO, WIE DER
KÖRPER DIE LUFT ZUM ATMEN.

Friedrich-Naumann-Stiftung

EUROPA UND BILDUNG: HARMONISIERUNG VERSUS WETTBEWERB



Ulrich van Lith

Position Liberal

Impressum:

Herausgeber
Liberales Institut der
Friedrich-Naumann-Stiftung
Truman-Haus
Karl-Marx-Str. 2
14482 Potsdam

Tel.: 0331/70 19-210
Fax: 0331/70 19-216
Email: libinst@fnst.org
www.libinst.de

Verlag und Gesamtherstellung
Comdok GmbH
Büro Berlin
Reinhardtstr. 16
10117 Berlin

Druck und Gesamtgestaltung
ESM Satz und Grafik GmbH
Wilhelminenhofstraße 83-85
12459 Berlin

2006

EUROPA UND BILDUNG

Harmonisierung versus Wettbewerb

Ulrich van Lith

Vortrag anlässlich der Konferenz „Liberal Education“
des Liberalen Instituts, Friedrich-Naumann-Stiftung,
Truman-Haus, 14437 Potsdam,
2. - 4. September 2005

Der vorliegende Text ist die deutsche Übersetzung von „Europe and Education“,
erschienen als Occasional Paper Nr. 16 des Liberalen Instituts.

Übersetzung: Kerstin Kock

Wir brauchen konkurrierende Bildungs- und Ausbildungssysteme zur Stärkung Europas und seiner Mitglieder, einen europäischen Kapitalmarkt für Investitionen in Humankapital zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und des Zusammenwachsens Europas.

Der Ausgangspunkt: Das Individuum als Eigner von Wissen, Fertigkeiten und Kompetenzen

Es ist der einzelne Mensch, der sich bildet, in seine Bildung und Ausbildung investiert, Zeit, Mühe und Geld auf sie verwendet. Es ist er, der entscheidet, das erworbene Wissen, seine Fähigkeiten und Kompetenzen produktiv einzusetzen oder auch nicht; der entscheidet, wann und wie dies geschieht. Der Einzelne genießt aber auch die Vorteile seiner Bildung, hat Kosten dafür tragen und das Risiko, möglicherweise den falschen Ausbildungsweg gewählt, Zeit, Mühe und Geld nicht ganz zu seinem Vorteil investiert zu haben. Da wir guten Grund zur Annahme haben, dass der Einzelne und seine Familie unter Berücksichtigung von externem Rat letztendlich am Besten weiß, was er kann, welche Potenziale in ihm stecken, was er lernen sollte und wie es das erlangte Wissen und die erworbenen Kompetenzen am Besten einsetzen kann, sollte er normalerweise auch nicht gezwungen werden, einen bestimmten Bildungs- oder Ausbildungsweg einzuschlagen oder gezwungen werden, von dem Gelernten in bestimmter Weise Gebrauch zu machen. Solch erzwungenes Handeln führt nicht zu besten Ergebnissen.

Schwierigkeiten des Individuums bei der Finanzierung der persönlichen Bildung und Ausbildung

Dieser letzte Sachverhalt ist auch der Grund, weshalb die Unverletzlichkeit der Person und das Verbot der Zwangsarbeit in allen Verfassungen freier Staaten seinen Niederschlag gefunden haben. Das hat allerdings ökonomisch eine ungünstige Kehrseite: Schülerinnen und Schüler, Studierende, Aus- und Weiterzubildende und ihre Familien, die nicht über die finanziellen Möglichkeiten verfügen, sich bilden oder ausbilden zu lassen, haben Schwierigkeiten ihre Ausbildung zu finanzieren. Private Banken sind nur zur Finanzierung einer Ausbildung oder sonstigen Bildungsmaßnahmen bereit, wenn der Betreffende zusätzliche Sicherheit bieten oder garantieren könnte, dass jemand anders das geliehene Geld zurückzahlt, sollten er dazu selbst nicht in der Lage sein. Der Umstand, das erworbenes Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, kurzum Bildung, nicht beleihbar sind, ist einer der Hauptgründe, warum Schulen und Universitäten in Europa heutzutage hauptsächlich staatlich finanziert werden.

Wir alle wissen um die Bedeutung von Bildung und Ausbildung und ihre zunehmende Wichtigkeit in einer globalisierenden und sich schnell verändernden Wirtschaft. Auch besteht unter uns Konsens, dass es nicht wünschenswert ist, dass junge Menschen auf eine gute Ausbildung verzichten, weil sie nicht in der Lage sind, ihre Bildung zu finanzieren, oder sie ihre berufliche Karriere bereits hoch verschuldet beginnen, weil ihnen die Eigenmittel fehlen. Dies ist nicht wünschenswert, da der Einzelne Einbußen an Wohlergehen und persönlicher Entfaltung erleidet, wenn er oder sie nicht das Beste aus den natürlichen Begabungen und Anlagen machen kann. Und auch andere Glieder der Gesellschaft würden Verluste hinnehmen müssen, da ihnen das Wissen und qualifizierten Dienste dieses Glieds der Gesellschaft nicht zur Verfügung stehen. Schließlich wäre es ein Verlust für uns alle, für Europa als Ganzes, wenn solches auf Grund von Schwächen unserer wirtschaftlichen und politischen Institutionen allzu oft passieren würde. Wir würden unsere Wettbewerbsfähigkeit und nach einiger Zeit unseren sozialen Zusammenhalt und Frieden verlieren.

Charakteristika des europäischen Bildungssystems und der Schwachpunkt: die institutionelle Einheit von Finanzierung, Produktion und Kontrolle von schulischer und akademischer Bildung

Das Problem besteht jedoch darin, dass die meisten Systeme staatlicher Bildungsfinanzierung in Europa Merkmale aufweisen, welche die Nachfrage nach (schulischer) Bildung und Ausbildung über ein effizientes Niveau hinaus ansteigen lassen und ihre Struktur verzerren, da der Einzelne Individuum selbst weder weiß, wie viel die Bildung und Ausbildung, die es genießt, kostet, noch er diese Kosten selbst unmittelbar zu tragen hat.¹ Sie sind deshalb auch nicht Gegenstand der persönlichen Kosten-Nutzen-Abwägung im Zeitpunkt der Entscheidung. Der Einzelne verhält sich eher wie jemand, der nur die Kosten für die persönliche in die Bildung investierte Zeit und Mühe und den Verzicht auf die alternative Nutzung dieser Ressourcen zu tragen hat. Ferner haben Lehrer und ihre Verbände ein Interesse an dem Ausschluss von Konkurrenz und der Vergrößerung des Bildungsangebots. Das sichert ihnen leistungsumabhängige Einkommensbestandteile (so genannte ökonomische Renten). Schließlich werden Finanzierung und Produktion von Bildung miteinander institutionell

¹ Vgl. Buchanan, J. M., and N. E. Devletoglu: *Academia in Anarchy*, New York 1970, Kapitel 2.

verquickt.² Meistens produziert der Staat selbst Bildung durch seine eigenen staatlich-kommunalen Schulen und staatseigene Universitäten und finanziert sie aus seinen Steuereinnahmen. Zusammengefasst führt dies zu Problemen der Monopolstellung und Anbietermacht der Bildungseinrichtungen, des Mangels an Anreizen, die natürlichen Begabungen und Potenziale der Bildungsinteressierten ausfindig zu machen, auf sie einzugehen, immer wieder neu herauszufinden, welche Schlüsselqualifikationen oder allgemeinbildenden Bildungsinhalte gefragt und welche spezielle, sich schneller verändernden Kenntnisse und Qualifikationen gewünscht sind, und beide mit geeigneten Mittel und Methoden möglichst kostengünstig herzustellen. Bisher ist es nicht wirklich gelungen, diesen Problemen wirksam zu begegnen. Versuche, durch Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Eltern, Schüler und Studierenden die Situation zu verbessern³, sind aus verschiedenen, vorhersehbaren Gründen fehlgeschlagen.⁴ Nach wie vor – und das gilt auch für das, was nach PISA geschehen ist – sind Lösungskonzepte zu den zentralen Anliegen, nämlich bessere Informationsgewinnung über die individuellen Begabungen der Menschen, über in Wirtschaft und Gesellschaft gewünschte Grundkenntnisse und Schlüsselqualifikationen, über benötigtes Fachwissen und erforderliche Fertigkeiten, über die Beschaffung des jeweils geeigneten Lehr- und Hilfspersonals, über kostengünstigere Lösungen des Schul- und Universitätsbetriebs nicht wirklich angegangen, das notwendig unternehmerische Element in unserem Bildungssystem, das die Leistungsfähigkeit, Flexibilität und innovative Kraft des Gesamtsystems steigern könnte, nicht wirklich ausgeprägt.

² Lith, Ulrich van: *Der Markt als Ordnungsprinzip des Bildungsbereichs*, in: *Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft, Verhandlungen auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg 1980*, S. 383, und *Der Markt als Ordnungsprinzip des Bildungsbereichs – Verfügungsrechte, ökonomische Effizienz und die Finanzierung schulischer und akademischer Bildung*, München 1985, S. 127 ff. Für eine aktuelle Darstellung s. auch Lith, Ulrich van: *Die Ordnung des Bildungswesens, Problemzonen seiner ordnungsökonomischen Gestaltung*, Argumente der Freiheit, Bd. 14, Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung, Berlin 2005, S. 11 ff.

³ So z. B. die Vorschläge des Deutschen Bildungsrates Anfang der 70er Jahre.

⁴ Watrin, C.: *Studenten, Professoren und Steuerzahler, Die Gruppenuniversität in ökonomischer Sicht*, und van Lith, U.: *Gruppenuniversität: Den Beweis schuldig geblieben*, beide in: *Bildungspolitische Studien Nr. 3*, Institut für Bildungs- und Forschungspolitik, Köln 1984.

Die potenzielle Rolle der Europäischen Union

Genau hier, in diesem Punkt könnte die Europäische Union, die Kommission ansetzen, um ihre produktive und mehrwertschaffende Rolle für Europa insgesamt und seine Mitglieder finden: Natürlich nicht um die Bildungssysteme zu harmonisieren, nicht um die Kompetenz der nationalen Regierungen zu beschneiden oder noch mehr Geld über Bildungsprogramme zu verteilen. Nein, im Wesentlichen geht es darum aufzuzeigen, inwiefern die nationalen Regierungen und Bürger und Steuerzahler der Mitgliedsländer profitieren können, wenn sie ihren Bildungssystemen und Teilen derselben (Ausbildungsgänge, Schulen, Fakultäten und Universitäten, ausbildenden Unternehmen) erlauben, sich in freiem Wettbewerb mit ihren Bildungsangeboten um die Menschen in Europa, gleich welcher Nationalität, zu bemühen. Die politische Philosophie, die Leitlinie muss darin bestehen, Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen zum Wohl derer, die lernen wollen, die gebildet, ausgebildet und fortgebildet werden wollen, in einen fruchtbaren Wettbewerb miteinander zu bringen.

Die Kosten des Bildungsprotektionismus und die Vorteile eines offenen Bildungs- und Ausbildungsmarkts

Als ersten Schritt müsste, ganz praktisch gesehen, die Europäische Union⁵ bzw. die Kommission aufzeigen, was die Regierungen der Mitgliedstaaten, die Steuerzahler und nicht zuletzt der einzelne Schüler, Studierende oder Auszubildende durch offen miteinander im Wettbewerb stehende Bildungssysteme gewinnen würden. Sie muss darlegen, welche Vorteile entstehen würden, z. B. durch Produktivitätszuwächse und Kosteneinsparungen, durch bessere, entscheidungsrelevante Informationen, die Eltern, Schüler, Studierende, Auszubildenden, Arbeitgebern zur Verfügung stehen, aber auch den Schulen und Universitäten, um ihre Leistungsprozesse effizient zu steuern, durch erhöhte Flexibilität und Innovation und schließlich durch eine bessere Abstimmung von Bildungsinhalten und -zielen mit der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt.

Es muss auch aufgezeigt werden, dass ein europäischer Bildungsmarkt nicht nur denen Chancen bietet, die ihre Bildung und Ausbildung im Ausland zusätzlich zu den im Heimatland abgeführten Steuern finanzieren können, und dass die Möglichkeiten der anderen darauf beschränkt, unter den weni-

gen Studierenden oder Auszubildenden zu sein, die über nationale Grenzen hinweg „ausgetauscht“ werden, also an Austauschprogrammen, etwa des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, teilnehmen zu können. Das ist nicht Chancengerecht und ineffizient wie eine Tauschwirtschaft, der das Geld als universell akzeptiertes Zahlungsmittel fehlt. Es bedeutet zu zeigen, was geschieht, wenn Studierende und Auszubildende die Möglichkeit gegeben wird, ihr Gymnasium, ihre Universität und Fakultät oder ihre Ausbildungseinrichtung innerhalb und außerhalb der nationalen Grenzen zu wählen, und sie mit ihrer Wahlentscheidung zugleich auch die Mittel zur Finanzierung des Schul- oder Studienplatzes mitbringen. Unter diesen Voraussetzungen würde es sich erübrigen, die Zahl der Gast- und Auslandsstudenten im Gleichgewicht zu halten, spezielle Austauschprogramme vorzuhalten, usw. Der Markt und seine Teilnehmer würden von sich aus dafür Sorge tragen, vorausgesetzt die Mitgliedsstaaten lernen, zwischen ihrer Funktion als Träger schulischer und universitärer Bildung und ihrer Funktion als Geldgeber für Finanzierung der Ausbildung ihrer Bürger zu unterscheiden.

Unter diesen Bedingungen würden die nationale Bildungssysteme, ihre Teilsysteme und Elemente unter großen Druck geraten zu handeln, sich schüler-, student- und ausbildungsorientiert zu verhalten, genauer zu analysieren, was der Arbeitsmarkt, was die Arbeitgeber an Qualifikationen wünschen und welche Position der Einzelne erreichen kann. Es wird ihnen möglich sein, um Studierende aus allen Teilen Europas und darüber hinaus zu konkurrieren und sich durch Mittel zu einem großen Teil zu finanzieren, die der einzelne Schüler, Studierende oder Auszubildende mitbringt. Warum sollten englische oder französische Universitäten z. B. nicht deutsche Schülerinnen und Schüler rekrutieren, die gerade ihr 12. Schuljahr beenden, um sie frühzeitig in ihre Hochschulen aufzunehmen, statt zu warten bis sie ihr Abitur bestanden haben. Warum sollten diese Universitäten nicht Zweigstellen eröffnen, um Studierende über die nationalen Grenzen hinweg anzuwerben? Warum sollten sie nicht die Vorteile einer schönen Landschaft und eines gesunden Klimas nutzen, um Studierende aus weniger attraktiven Regionen anzusprechen? Sollte das nur denjenigen offen stehen, die beides zu zahlen imstande sind, Steuern im Heimatland und Studiengebühren im Ausland? Warum sollten andere gezwungen sein, Schulen oder Universitäten am Heimatort zu besuchen, wo die Kosten eventuell höher sind? Warum sollten Schulen und Universitäten ihre Kosten nicht reduzieren, indem sie billigere, aber ebenso gute oder sogar besser qualifizierte Lehrer ‚aus dem Ausland‘ anstellen, um Englisch, Französisch oder Italienisch als Fremdsprache zu unterrichten und das Verständnis für andere Kulturen, für die Denk- und Lebensweisen in den verschiedenen Regionen Europas zu fördern?

5 In der Gestalt des Merkantilismus ist es selbst für die Vereinigten Staaten Anlass zur Sorge. Vgl. z.B. Stephen Joel Trachtenberg: The future and the present-day problems of education: An American perspective, in: Wissen wozu? Erbe und Zukunft der Erziehung, Europäisches Forum Alpbach 1997, Hrsg. von Heinrich Pfusterschmid-Hardtenstein, Wien 1998, S. 121–130.

Warum sollten wir nicht diese Jahrhundertchance in Europa nutzen und auf die globale Herausforderungen antworten, indem wir zum Nutzen unserer jungen Generation unsere nationalen Monopole in konkurrierende Systeme verwandeln? Träge Bildungsmonopole, wenig motivierte, staatlich geschützte Lehrbeamtenschaften sind nicht das Gebot der Stunde. Die junge Generation muss mit enormen wirtschaftlichen und technischen Veränderungen ihre berufliche Zukunft finden, unter Bedingungen, die neueste wissenschaftliche Erkenntnisse an fast allen Orten der Welt zugänglich machen, die sie nicht länger von der Konkurrenz der Menschen hochstrebender Länder abschottet. Diese Länder haben inzwischen ihre eigenen Bildungs- und Forschungssysteme errichtet und verfügen über hoch motivierte junge Menschen. Wir schulden es unserer jungen Generation, unsere Schulen und Universitäten stärker kompetenz- und qualitätsorientiert auszurichten, statt innerhalb der existierenden nationalen Systeme den oft immer kleiner werdenden Kuchen ‚staatliches Bildungsbudget‘ als Monopolrenten unter den etablierten Interessengruppen aufzuteilen. Wir sollten den ehemaligen Wettbewerbskommissar van de Miert als Beispiel nehmen: Um monopolistische Vormachtsstellungen und merkantilistisches Denken in Europa zu bekämpfen, müssen wir die protektionistischen Wälle zum Einsturz bringen.

Eine Trendwende hin zur nachfragefinanzierten Bildung und Ausbildung

Eine effektive Art dies zu tun, – und darin besteht der zweite, wesentlich schwierigere Schritt – ist, (a) vom System der (staatlichen) Bildungsfinanzierung zu einem System der Finanzierung durch den Nachfrager zu wechseln und (b) zwischen Bildungsfinanzierung und staatlichen Bildungssubventionen zu unterscheiden. Letztere sind staatliche Interventionen in den Bildungs- und Ausbildungsmarkt, um Mängel dieses Markts, die immer wieder einmal auftreten können, auszugleichen, z. B. den Mangel an Versorgung mit speziellen, zeit- und ortsgebundenen Bildungsgütern, die gesellschaftlich erwünscht sind, etwa Abbau von Kriminalität und Vandalismus in bestimmten Stadtvierteln, und die, aus welchen Gründen auch immer, nicht in ausreichendem Maße produziert werden. Diese Interventionen haben nichts mit der Finanzierung von Bildung und Ausbildung gemein, mit der Finanzierung von Investitionen in Humankapital, dem Funktionieren des Kapitalmarkts, dies zu leisten.

Um (a) zu erreichen, muss das Denken und Handeln des Staates von der Leitlinie bestimmt sein, die Bildungswünsche und –erfordernisse seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen und zu stärken, an der bestmöglichen Ausbildung der eigenen Bürger interessiert zu sein, statt selbst die Bildung in eigenen

Schulen und Universitäten anzubieten und diese selbst zu kontrollieren. Auch sollte er daran interessiert sein, dass der eigene Bildungsstandort möglich auch von ausländischen Studierenden und anderen Bildungsnachfragern geschätzt wird. Das heißt, der Staat muss ein primäres Interesse daran haben, Schulen und Universitäten als selbständige Einrichtungen in den Markt und Wettbewerb zu entlassen, die Regeln zu definieren, den Markt und Wettbewerb überwachend und Eltern, Schüler, Studierenden und Auszubildenden vor Fehlinformationen, Betrug und Marktmacht auf einem europäischen Bildungs- und Ausbildungsmarkt zu schützen. Daraus folgt auch, dafür Sorge zu tragen, dass die Bürger ihre Bildung und Ausbildung, je nach ihrer persönlichen Wahl, auf diesem europäischen Markt oder sogar außerhalb seiner Grenzen finanzieren können.

Welche Maßnahmen müssen dafür wie getroffen werden?

Ein möglicher Ausgangspunkt: Schaffung eines Kapitalmarktes zur Finanzierung von Investitionen in Bildung und Ausbildung

Entwicklungen, die wir bereits in bestimmten Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Union beobachten können, wenn es um die Finanzierung von Ausbildungsinvestitionen geht, könnten einen möglichen Ausgangspunkt bieten: Relativ häufig führen Unternehmen die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter nicht nur auf eigene Kosten durch, sondern finanzieren diese Kosten auch noch vor. Dies ist der Fall, wenn die Ausbildungskosten den Nutzen (Rendite aus produktiver Arbeit) während der Ausbildungs- und Vertragsdauer übersteigen. Die Unternehmen tun dies in der Erwartung, dass die zukünftigen Erträge, den ihre ausgebildeten und qualifizierten Mitarbeiter erwirtschaften, die vorfinanzierten Kosten einschließlich Zinsen übersteigen oder zumindest decken. Mit anderen Worten, Unternehmen sind bereit, Ausbildung vorzufinanzieren, ihren Auszubildenden auflagenfreie ‚versteckte‘ Kredite zu vergeben. Keine Bank würde das tun. Keine Bank würde, abgesehen von ihren eigenen Auszubildenden, solche Ausbildungsdarlehen gewähren. Unternehmen tun dies, da sie die persönlichen Eigenschaften ihrer Auszubildenden besser kennen als Banken und andere Kreditinstitute. Sie wissen, welche Fertigkeiten und welche Kompetenzen sie benötigen, um auf den Produktmärkten erfolgreich zu sein. Sie können relativ gut beurteilen, ob ein Auszubildender in ihr Unternehmen passt oder nicht, ob er oder sie in der Lage und willens sein wird, die benötigten Fertigkeiten und Kompetenzen zu erwerben und einzusetzen. Aus diesen Gründen sind Unternehmen bereit, für ihre Auszubildenden die Rolle von Kreditgebern zu übernehmen. Und darum sind Banken und andere Geldgeber über den Kapitalmarkt dazu nicht bereit. Unternehmen nutzen ihren Informationsvorsprung, um die Aufgabe zu übernehmen, die eigentlich Kreditinstituten zufiele.

In manchen Fällen kommt es sogar vor, dass Unternehmen am Kapitalmarkt Gelder aufnehmen, um ihre Mitarbeiter und Investitionen in ihr Humankapital zu finanzieren, oder sie erhöhen zu diesem Zweck ihr Eigenkapital. Schließlich werden Investitionen in hochqualifizierte Arbeitskräfte in Zeiten rapiden technologischen und strukturellen Wandels immer bedeutender und sie sind eine sichere, oft weniger kostspielige Strategie als bei Knappheit an ausgebildeten und hochqualifizierten Arbeitskräften extrem hohe Löhne zu zahlen oder ganz auf sie verzichten zu müssen, weil sie nicht verfügbar sind.

In Deutschland z. B. wird das Volumen der vorfinanzierten Kosten oder ‚verdeckten Kredite‘ von Unternehmen an ihre Auszubildenden auf eine durchschnittliche Höhe von ca. 8.700 Euro pro Jahr und Auszubildenden geschätzt, das sind 14,7 Mrd. Euro für die Gesamtwirtschaft (Schätzung aus 2000)⁶.

Es wird allgemein angenommen, dass dieser Informationsvorteil, der für die Steuerung und Kontrolle von Investitionen in berufliche Bildung und Ausbildung eingesetzt wird, der Schlüssel zu Deutschlands Erfolg bei der Ausbildung und Qualifizierung seiner Arbeitskräfte ist. Dem stehen die Nachteile gegenüber, die durch das in hohem Maße staatlich regulierte System der dualen Berufsbildung entstehen, und die es erschweren, mit der nötigen Flexibilität auf die sich schnell verändernden Anforderungen an Fertigkeiten und notwendige Kompetenzen zu reagieren. Wenn ein ausgebildeter Mitarbeiter das Unternehmen verlassen möchte, um bei einem anderen tätig zu werden, übernimmt der neue Arbeitgeber den Kredit vom ehemaligen und zahlt diesen aus. Der Auszubildende schuldet nun seinem neuen Arbeitgeber die Tilgung, sofern dieser nicht willens ist, den Kredit ganz oder teilweise zu erlassen.

Der Staat oder andere öffentliche Stellen haben dabei eine den Einzelnen schützende Funktion, indem sie ihn gegen Risiken, wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und Tod absichern. Von Seiten der Europäischen Union sollten Sicherheiten für solche Fälle gewährt werden, in denen Individuen Schulen oder Fakultäten über die Binnengrenzen der Union hinaus wählen oder über diese Grenzen von einem Unternehmen zu einem anderen wechseln. Dies könnte im Zusammenwirken mit nationalen und internationalen Institutionen geschehen, die ein Interesse daran haben oder haben könnten, Teil eines europaweiten Bürgschaftssystems zu sein, wie beispielsweise öffentliche und private Banken, Versicherungs- und Wagnisfinanzierungsgesellschaften.

6 Beicht, U., u. Walden, G.: Wirtschaftliche Durchführung der Berufsausbildung, Untersuchungsergebnisse zu den Ausbildungskosten der Betriebe, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 6/2002, S. 42. Für weitere Informationen vgl.: Berufsbildungsbericht 2004, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin 2004, S. 107 ff.

Dasselbe Prinzip kann auf Schulen, Universitäten und ihre Fakultäten, die ebenfalls ihre Studierenden recht gut kennen, angewendet werden. Aber während Unternehmen an guter Ausbildung interessiert sind, da ihre Wettbewerbsfähigkeit hauptsächlich von ihren qualifizierten Mitarbeitern abhängt, teilen staatliche Schulen und Universitäten dieses Interesse nicht. Sie sind nicht abhängig von ihren Studierenden und deren Entwicklung, ob diese erfolgreich sind, ob die Investition ertragreich für sie selbst und damit zugleich auch vorteilhaft für die Gesellschaft war. Das aber würde sich sofort ändern, wenn Schulen und Universitäten als unabhängige erwerbs- oder nicht-erwerbsorientierte Institutionen unter Wettbewerbsbedingungen geführt werden. Als solche hingen sie von den Einnahmen ab, die sie erzielen würden, wenn Eltern, Schüler oder Studierende sich für sie entscheiden, und müssten Rechenschaft über ihre Tätigkeit und über den weiteren Werdegang ihrer Schülerinnen, Schüler und Studierenden nach dem Verlassen der Schule oder Universität ablegen. Obwohl die Niederlande sich bereits in diese Richtung vorgewagt haben und eine Reihe der deutschen Bundesländer die Schulbildung von Landeskindern, die eine Privatschule besuchen, mit einem bestimmten Geldbetrag pro Kopf und Schuljahr finanzieren, so ist doch ein allgemeiner Konsens unter den Mitgliedstaaten erforderlich, die Bildung des Bürgers statt der Institution zu finanzieren, und dies ungeachtet dessen, ob sich diese Schule oder Universität innerhalb oder außerhalb der Verwaltungsgrenzen seines Landes befindet. Die Funktion des Staates als Geldgeber ist von seiner Funktion als Träger von Schulen und Universitäten zu trennen, muss institutionell völlig losgelöst sein. Es wäre deshalb vorteilhaft, wenn das Finanzierungssystem nicht unmittelbar Bestandteil des staatlichen Haushaltes wäre, sondern eine Aufgabe, die von einem Parafiskus oder einem Bankenkonsortium im Namen des Staates wahrgenommen wird, etwa analog der Hermes-Gesellschaft. Individuen, die eine Schule oder Einrichtung zur Hochschulbildung im Ausland besuchen wollen, müssen die Möglichkeit haben, einen Geldbetrag für die durchschnittlichen Kosten pro Kopf an die Schule oder Universität ihrer Wahl zu übertragen. Dies kann durch Ziehungsrechte über einen Parafiskus, durch einen Gutschein, durch Kinder- oder Bildungsgeld oder durch eine Zahlung erfolgen, die voll vom Studierenden oder seinen Eltern von dem Staat geschuldeten Steuer (nicht vom zu versteuernden Einkommen!) absetzbar ist und die zu einer Zahlung des Staates führt, wenn der dem Staat geschuldete Einkommensteuerbetrag zu niedrig ist (negative Einkommensteuer oder Bürgergeld)⁷.

7 Werner, Horst: Bürgergeld: Ein integriertes Steuer- und Transfer-System, Hrsg. Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung, Potsdam o. J. (2003).

12

Über den Autor:

Prof. Dr. Ulrich van Lith ist Direktor des Rhein-Ruhr-Instituts für Wirtschaftspolitik in Mülheim/Ruhr.

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen:
Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
Spendenkonto: 266 9661 04
Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.

PositionLiberal

Positionspapiere des Liberalen Instituts
der Friedrich-Naumann-Stiftung

Gerhart Raichle (2004)
UMVERTEILUNG – WOZU, WIEVIEL, WIE?

Sascha Tamm (2004)
DIE ZUKUNFT EUROPAS – FREIHEIT UND WETTBEWERB

Detmar Doering (2004)
MYTHOS MANCHESTERTUM
Ein Versuch über Richard Cobden und die Freihandelsbewegung

Hartmut Kliemt (2005)
UTOPIEN INTERNATIONALEN RECHTS
Zur Moralität und Realität westlicher Machtausübung

Richard D North (2005)
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG: EIN KONZEPT MIT ZUKUNFT?

Dirk Maxeiner und Michael Miersch (2005)
IST DIE LINKE NOCH LINKS?
Der Abschied von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit

Jaap Scheerens (2006)
DIE ANWENDBARKEIT VON INTERNATIONALEN VERGLEICHSTUDIEN
IM SCHULBEREICH

David C. Berliner (2006)
DER STAAT UND DIE ARMEN

Peter A. Henning (2006)
DIE AUSWIRKUNG VON DEZENTRALISIERTEM WISSEN AUF DIE BILDUNG

Jennifer Marshall (2006)
WAHLFREIHEIT DER ELTERN IM BILDUNGSWESEN DER USA – EIN ÜBERBLICK

Kenneth Minogue (2006)
BILDUNG UND DIE FREIE GESELLSCHAFT

Jean Redpath (2006)
EIGENVERANTWORTLICHE SCHULEN IN SÜDAFRIKA

Jürg de Spindler (2006)
INTERNER STEUERWETTBEWERB – DAS BEISPIEL SCHWEIZ

Gerrit B. Koester (2006)
DIE ÖKONOMIE DES INTERNATIONALEN STEUERWETTBEWERBS

James Bartholomew (2006)
SCHULBILDUNG OHNE DEN STAAT